Gründungsdokumente – Entwürfe – für die neue linke Partei

Gedanken zur Bildung der Partei DIE LINKE von Dr. Klaus Biedka

Am 22. Oktober haben in Erfurt die Vorstände der WASG und Linkspartei die Entwürfe vorgelegt, die auch im Internet unter http://sozialisten.de/sozialisten/parteibildung/index.htm publiziert sind. Nun kann auch eine breite Öffentlichkeit in den programmatischen Eckpunkten das Anliegen der neuen Partei erkennen:

„Die gemeinsame Partei der Linken erhebt einen politischen Richtungswechsel zu ihrem strategischen Ziel…Ziel unseres Handelns ist eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird, eine Gesellschaft, die über den Kapitalismus hinausweist und die ihn in einem transformatorischen Prozess überwindet. Dazu machen wir uns im Hier und Heute auf den Weg, gegen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und gegen patriarchale Unterdrückung. Unser Einsatz gilt sozialer Gerechtigkeit und einer erneuerten Arbeitswelt, die allen Frauen und Männern existenzsichernde Erwerbsmöglichkeiten bietet, dem dauerhaften Erhalt der Umwelt, der Bewahrung und Entwicklung der menschlichen Kultur, der Durchsetzung der Menschenrechte. Wir orientieren auf die demokratische Regelung aller Angelegenheiten durch die Bürgerinnen und Bürger selbst. Dabei lassen wir uns von Werten leiten, die den Schritten zu einer gerechten Gesellschaft Zusammenhang und Orientierung geben: Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt der Gerechtigkeit, die wir anstreben. Gleichheit ohne individuelle Freiheit verschwindet in Entmündigung und Fremdbestimmung. Freiheit ohne Gleichheit ist nur die Freiheit für die Reichen.“

„Die Überwindung der Fehlentwicklungen und sozialen Spaltungen sehen wir in einer umfassenden Demokratisierung aller Lebensbereiche. Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben zu unterwerfen. Wir wollen eine breite Diskussion darüber führen, wie dies konkret realisiert werden kann. In diesem Zusammenhang wollen wir klären, wie öffentliches Eigentum als Grundlage demokratischer Politik und Daseinsvorsorge erweitert, sowohl sozial als auch effizient gestaltet und genutzt werden kann.“



In den Eckpunkten wird eine zutreffende Analyse der Fehlentwicklungen und ihrer Ursachen gegeben, die heute nicht nur zu sich verschärfenden sozialen Konflikten, sondern darüber hinaus zu einer Existenzbedrohung für die Menschheit geworden sind. Der globale Neoliberalismus und das Zurückweichen des Sozialstaates führen dazu, dass nur die Kapitalverwertung, nicht aber ein menschenwürdiges Leben im Mittelpunkt steht. Es gilt, den Vorrang der Politik auch in der Wirtschaft wiederherzustellen.

In diesem Dokument werden Alternativen zu der praktizierten „Sachzwangspolitik“ aufgezeigt. Dabei sind auch die existenzsichernde Arbeit, die Rentenversicherung und das Gesundheitswesen nicht ausgelassen. Wissenschaft und Bildung, Medien und Kultur sollen Aufklärung und Emanzipation statt Selbstvermarktung befördern. Auch zur Geschlechtergerechtigkeit werden Wege aufgezeigt.

Der Abschnitt „Ein Neubeginn für Ostdeutschland und strukturschwache Gebiete Westdeutschlands statt Zurückbleiben und Spaltung“ benennt notwendige Veränderungen gegenüber dem unverantwortlichen „Weiter so“.

Als Teil der europäischen Linken will die neue Partei Einfluss nehmen, um eine Welt des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und Demokratie statt der Militarisierung und Privatisierung zu erstreben. „Wir wollen eine Welt schaffen, in der die Würde jeder und jedes Einzelnen wirklich unantastbar ist, in der soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden vereint sind, in der die Menschen im Gleichklang mit der Natur leben. Dazu wirken wir für ein breites Reformbündnis. Gemeinsam streiten wir dafür, dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist.“ Bemerkenswerte Vorschläge sind auch in der Bundessatzung – einem zweiten Dokument – enthalten. So ist die Mitgliedschaft schon ab dem 14. Lebensjahr möglich, und es gibt Gastmitglieder und innerparteiliche Zusammenschlüsse, die auch bundesweit wirken können. In der Satzung spiegelt sich die Forderung nach umfassender Demokratisierung auch in Anwendung auf die Partei selbst wider.

Die Entwürfe lesen sich für ein langjähriges Mitglied der SED, wie ich es war, sehr ermutigend. Allerdings werden auch hierbei Theorie und Praxis mitunter schwer zu vereinigen sein. „Eine Theorie ist ein vereinfachtes Bild eines Ausschnitts der Realität, der mit diesem Bild beschrieben und erklärt werden soll, um auf dieser Grundlage möglicherweise Prognosen zu machen und Handlungsempfehlungen zu geben…“ (Wikipedia). Diesem Anspruch genügen die vorgelegten Dokumente vollauf.

Manche erinnern sich noch an den Spruch „Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis“. Das Wort Revolution taucht in den Dokumenten nicht auf, es wird hier von einem neuen Anlauf gesellschaftlicher Transformation gesprochen. Wie dem auch sei – ich wünsche der neuen Partei ein gutes Gelingen.

Große Anfrage - k(l)eine Antwort

Bemerkungen zur Großen Anfrage Nr. 21 der Fraktion der Linkspartei.PDS vom 03.04.06, die Wirkungen der Arbeitsmarktreform im Land Brandenburg betreffend, von Werner Niebsch

Die so genannten Hartz-Gesetze beschäftigen die Gemüter seit geraumer Zeit. Vor allem müssen die davon Betroffenen damit fertig werden. Es ist gut, wenn unsere Partei die Wirkung diese Gesetze verfolgt. Nachdem die Bundesregierung eine erste Einschätzung dazu vorgelegt hat, hat unsere Landtagsfraktion in einer Großen Anfrage versucht, von der Landesregierung auf Brandenburg spezifizierte Aussagen zu erhalten. Die Anfrage war wirklich groß, denn es wurden insgesamt 61 Fragen formuliert, die oft noch in Unterfragen gegliedert waren. Vielleicht brauchte die Regierung deshalb mehr als drei Monate für die Antwort.

Nun haben wir sie (43 Druckseiten). Was kann man damit anfangen? Nachdem ich die Entschlüsselungen der Antworten (siehe Kasten) vorgenommen habe, komme ich zu folgendem Schluss: Es liegen kaum konkret auf Brandenburg bezogene Daten vor, zumeist werden Zitate aus dem Bericht der Bundesregierung als Antwort genommen oder es gibt solche und ähnliche Formulierungen wie „Der Landesregierung liegen keine belastbaren Erkenntnisse hinsichtlich der Wirksamkeit der Arbeitsmarktinstrumente vor."

Manche Antworten bestätigen, was der Bürger ohnehin wusste. So lautet die Antwort auf die Frage, ob es in Brandenburg zu Verdrängungen von Vollzeitarbeitsplätzen durch Mini- oder Midijobs gekommen sei: „Angesicht des Rückgangs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und des Anstiegs der Minijobs in Brandenburg liegt die Vermutung nahe, dass es zu einer Verdrängung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung durch Minijobs gekommen ist. Gleichwohl lässt sich dieser Kausalzusammenhang empirisch nicht belegen. Gleiches trifft auf die Midijobs zu." Diese Verdrängung, die es tatsächlich schon vor der Einführung dieser Jobs im Einzelhandel gegeben hat (wie weiter unten in der Antwort formuliert) wuchert also in andere Wirtschaftsbereiche hinüber. Ich interpretiere das so, dass wir in unserem Arbeitsmarkt zunehmend amerikanische Verhältnisse antreffen, nämlich Beschäftigte, die von dem Einkommen aus ihrem Arbeitsverhältnis nicht leben können, und selbst wenn sie zwei davon hätten, würde es nicht für ein normales Leben reichen. Zu der eben erwähnten Frage steht die Frage 55 im Zusammenhang: „Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für geeignet, den Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung aufzuhalten?" Der Inhalt der Antwort: Das Problem ist der Landesregierung bewusst (Negative Auswirkungen auf die Binnennachfrage und die Sozialversicherung), aber die Politik kann nichts machen, Arbeitsplätze werden von der Wirtschaft geschaffen. Die Politik kann nur Rahmenbedingungen schaffen, z.B. Beseitigung bürokratischer Hemmnisse.
Na, wenn das nichts ist.

Haben Sie die Absicht Politiker zu werden?
Dann übertragen Sie den folgenden Satz in Politikerdeutsch.
„In Ostdeutschland haben die Reformen vergleichsweise stärker gewirkt."
Lösung:
„Nach den Ergebnissen des Benchmarkings hat Ostdeutschland seinen Performance-Rückstand zu Westdeutschland durch die eingeleiteten Reformen reduziert."

Notizen aus dem Kreistag

Von unserem Abgeordneten Prof. Dr. Günter Schippel

23. Sitzung. Dieses Mal „Vor Ort" in der Erlengrundhalle in Altlandsberg – und trotzdem nur drei Gäste aus unserem Ortsverband. Freundliche Begrüßung durch den Bürgermeister Herrn Andruleit. Schon in der Begrüßung wurde kritisch auf die neuen Grundsätze der Regierung zur Landesplanung hingewiesen. Diese waren auch meiner Ansicht nach Hauptpunkt der Sitzung, und ich will mich in meinen Notizen darauf beschränken. Es war die erste Lesung zu diesem Thema, und der Kreistag beschloss nur die weitere Vorgehensweise, weil noch kein beschlussfähiges Papier vorgelegt werden konnte.

Die Planung der Kreisverwaltung muss relativ kurzfristig nach den neuen Grundsätzen der Landesplanung überarbeitet werden Diese gehen von dem vom Ministerpräsidenten formulierten Gedanken aus, die „Stärken stärken". Klingt gut. Aber was wird aus den Schwachen, aus den weiter von der Metropole Berlin liegenden ländlichen Regionen? Was ist mit den verborgenen, den latenten Stärken? Diese Fragen bewegen alle Fraktionen. Ein Kernelement der Landesplanung ist die Bestimmung eines „Zentralen-Orte_ Systems". Von diesen festgelegten Orten soll die Gesamtentwicklung vorangetrieben werden. Für unseren Landkreis sind Bad Freienwalde, Seelow, Strausberg und Neuenhagen als solche bestimmenden Orte festgelegt worden. Der Kreistag war sich einig, dass diese Festlegung zu kurz greift. Die Kriterien für die Auswahl dieser Orte wunden verändert mit verhängnisvollen Auswirkungen. Beispiel: Nach alter Lesart (Planungsgrundlage) soll ein Mittelzentrum innerhalb von 60 Minuten über ÖPNV erreichbar sein. Die neue Festlegung sieht die Erreichbarkeit innerhalb von 30 – 45 Minuten durch den motorisierten Individualverkehr vor. Also Absage an ein vernünftiges Netz des ÖPNV.
Meine Wertung: Durch diese neuen Prämissen zieht sich das Land aus der finanziellen Verpflichtung für eine nachhaltige Daseinsvorsorge zurück und lässt die Kommunen im Regen stehen. Gegen diese Tendenz muss sich der Kreis wehren. In der Dezembersitzung soll ein neuer Plan der Kreisentwicklung vorgelegt werden.

E i n l a d u n g

zur 2. Bildungsveranstaltung der Ortsorganisation der Linkspartei. PDS Neuenhagen gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Wann? Am Mittwoch, 13.Dezember 2006 um 19.00 Uhr

Wo? Im Haus der Senioren

Worüber? Wohin steuert die deutsche Wirtschaft?

Die Konjunktur bleibt schwach, der Export stark und die Arbeitslosigkeit hoch.

Moderation: Michael Popp, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei MdB Ulla Lötzer, Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE. für internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung

Zuvor ab 18.30 Uhr Treffpunkt politische Literatur – Bücher, Zeitschriften, Infomaterial zum Anschauen und Mitnehmen (ausleihen, tauschen, kaufen)!

Alle interessierten Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten sind herzlich eingeladen.